



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 20.03.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 23. März 2026

Fokusthemen: **Datenschutz, Bau und Initiativen**

Der Zürcher Kantonsrat wird nach der Wahl eines Kommissionsmitglieds und zweier Richterinnen die Schlussabstimmung zum totalrevidierten IDG durchführen. Anschliessend steht die Bewilligung eines Zusatzkredits sowie die Behandlung von zwei EI und drei PI an. Bis zum Schluss der Sitzung wird sich der Rat um Vorstösse kümmern, welche der Regierungsrat entgegennehmen wollte, die aber aufgrund von Opposition im Rat auf der Traktandenliste verblieben sind.

Schlussabstimmung zum neuen Gesetz über die Information und den Datenschutz

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zum Erlass des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) zu erwarten ([5923](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage entschieden werden kann. Der Kantonsrat hat das IDG in erster Lesung totalrevidiert. Mit der Revision werden das Transparenz- und das Öffentlichkeitsprinzip gestärkt. Neu aufgenommen werden das Schlichtungsverfahren im Rahmen des Informationszugangs sowie Bestimmungen, die den technischen Fortschritt abbilden. Das IDG regelt den Umgang mit Informationen, bezweckt ein transparentes Handeln der öffentlichen Organe und stärkt den Schutz der Grundrechte von Personen, über die öffentliche Organe Daten bearbeiten.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Zusatzkredit für Veloprojekte und Busspur zur Annahme empfohlen

Für die Umsetzung des Projekts «MehrSpur Zürich–Winterthur der SBB in der Stadt Wallisellen sowie den Gemeinden Dietlikon, Wangen-Brüttisellen und Bassersdorf» braucht es einen Zusatzkredit von rund 35 Millionen Franken. Für die Kommission für Planung und Bau (KPB) sind das unerfreuliche Zusatzkosten, dennoch spricht sie sich für die Bewilligung des Zusatzkredits aus, da sie diesen angesichts der Abhängigkeiten zwischen den Bauprojekten als unvermeidbar betrachtet. Mit 11 zu 4 Stimmen beantragt sie dem Kantonsrat, die entsprechende Vorlage anzunehmen ([6036](#)). Der ursprüngliche Objektkredit (5650) erwies sich als unzureichend für die Umsetzung der Projekte, da das von den SBB im Auftrag des Kantons erstellte Vorprojekt zum Zeitpunkt der Kreditgenehmigung ungenügend ausgearbeitet gewesen war. Die gesamte verfügbare Kreditsumme beträgt damit knapp 108 Millionen Franken. Die Kommissionsminderheit (SVP) erachtet die Kosten für den Ausbau der Veloinfrastruktur hingegen als unverhältnismässig und beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Barbara Grüter (SVP, Rorbas), 044 865 42 18

Einzelinitiativen zu Mandatsabgabe und IPV

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Eine Person aus Uster beantragt, die sogenannte Mandatsabgabe, die Richterinnen und Richter den politischen Parteien entrichten, denen sie angehören, zu verbieten ([KR-Nr. 29/2026](#)). Und eine Person aus Zürich fordert, dass für die Ausrichtung der individuellen Prämienverbilligung (IPV) kein Antrag mehr notwendig sein soll ([KR-Nr. 43/2026](#)).

Parlamentarische Initiativen zu Energiegesetz, Handelsregister und Mindereinnahmen

Im Anschluss an die EI wird der Kantonsrat auch einige parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst ebenfalls darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie aber nicht dem Regierungsrat, sondern direkt einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. GLP-Kantonsrat Andreas Hasler möchte die Änderungen im Energiegesetz, die das Stimmvolk im vergangenen September abgelehnt hat, in abgeschwächter Form nochmals aufgreifen ([KR-Nr. 381/2025](#)). Unter anderem soll auf ein Zwischenziel für die Treibhausgasneutralität vor dem Jahr 2050 verzichtet werden. FDP-Kantonsrätin Doris Meier fordert, dass das Handelsregisteramt die notwendigen öffentlichen Urkunden und Beglaubigungen für die Einträge in das Handelsregister künftig auch selbst erstellen kann ([KR-Nr. 391/2025](#)). Bisher sind dazu Notarinnen und Notare nötig. Und Selma L'Orange Seigo will die bestehende «Ausgabenbremse» mit einer «Mindereinnahmenbremse» ergänzen ([KR-Nr. 397/2025](#)). Dadurch werde sichergestellt, dass alle Saldoverschlechterungen gleichbehandelt würden und der Zustimmung der Mehrheit des Kantonsrates bedürften.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Doris Meier (FDP, Bassersdorf), 079 646 03 92

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), 076 589 01 58

Vorstösse zu Gartenpergolen, Arztpraxen und Unterschriftensammlungen

Bis zum Ende der Sitzung wird der Rat über verschiedene Vorstösse diskutieren, welche der Regierungsrat entgegennehmen wollte, die aufgrund von Opposition im Rat jedoch auf der Traktandenliste verblieben sind. FDP-Kantonsrat Simon Vlk bittet den Regierungsrat eine Regelung auszuarbeiten, welche es ermöglicht, dass künftig auch Gartenpergolen bis zu einer Grösse von 16m² keiner Baubewilligung oder Meldepflicht mehr bedürfen ([KR-Nr. 235/2024](#)). Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, möchte den Regierungsrat beauftragen, die bestehenden Pilotprojekte zum Thema «Soziale Arbeit in Arztpraxen» zu evaluieren und entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten inkl. Finanzierungsvarianten innerhalb des Kantons Zürich zu prüfen ([KR-Nr. 249/2024](#)). Und Florian Heer, Kantonsrat der Grünen, fordert, das bezahlte Sammeln von Unterschriften im Kanton Zürich zu verbieten ([KR-Nr. 288/2024](#)).

Simon Vlk (FDP, Uster), 079 388 25 76

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56

Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines Mitglieds der KBIK an. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Wilma Willi (Grüne, Stadel) als Nachfolgerin von Livia Knüsel vor ([KR-Nr. 76/2026](#)). Anschliessend wird der Rat zwei Ersatzmitglieder des Obergerichts wählen ([KR-Nr. 198/2025](#) und [199/2025](#)). Die Wahlvorschläge sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch